

Laibacher Zeitung.



Nr. 83.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Donnerstag, 12. April

Insertionsgehalt bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl.; sonst v. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. f. w. Insertionsstempel jedesm. 50 kr.

1866.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 12. April.

In der „Wiener Abendpost“ liegt die erste Aeußerung von ministerieller Seite über den preussischen Bundesreformantrag vor, welche, wenn auch theilweise nur referierend, doch den Schluß gestattet, daß der Staatskanzler Bismarck's unser Ministerium nicht ungerüstet und ohne Bundesgenossen finden dürfte. Die „Wiener Abendpost“ schreibt:

Wie uns aus Frankfurt gemeldet wird, ist der Präsidialantrag bezüglich der geschäftlichen Behandlung des preussischen Bundesreformantrages mit allen gegen eine (die preussische) Stimme, welche auf sofortige Verathung des Antrages gerichtet war, angenommen worden.

Der neueste Schritt der preussischen Regierung ist von der ministeriellen preussischen Presse schon seit längerer Zeit angekündigt worden und er entspricht ganz genau den Angaben der betreffenden Blätter. Insofern hat er nichts Ueberraschendes, und man darf sogar heute schon mit einigem Rechte von dem Eindruck sprechen, den er im außerpreussischen Deutschland hervorzurufen. Es wird wohl kaum in Abrede gestellt werden können, daß dieser Eindruck trotz der populären Sympathien, die dem deutschen Parlamente entgegengebracht werden, kein sehr günstiger ist. Die prononcirt Stellung, welche das preussische Kabinet in den inneren Verfassungsfragen eingenommen, konnte nicht verfehlen, weitgehende Zweifel an der Aufrichtigkeit des Vorschlages, der von ihm ausgegangen, wachzurufen, und selbst Blätter, welche einer prinzipiellen Abneigung gegen die preussische Politik nicht beschuldigt werden können, wie die „Deutsche Allg. Zeitung“, die „Hamburger Nachrichten“, haben mit einer gewissen Vorliebe den Gedanken angedeutet, daß es Preußen im Wesentlichen auf einen diplomatischen Schachzug in der schwebenden Frage ankomme, daß es spezialpreussische, keineswegs nationale und noch viel weniger liberale Gesichtspunkte seien, von welchen aus das Berliner Kabinet seinen Bundesantrag zu stellen gedächte. Daneben wird besonders lebhaft betont, daß jede Vermengung der eigentlich brennenden Tagesfrage der schleswig-holstein'schen, mit anderen Fragen die Lösung im nationalen Sinne erschwere, während diese Lösung selbst eben keinen Aufschub mehr dulde. Ohne Zweifel werden diese Bedenken noch weit schärfer gefaßt werden, wenn die Grundlagen des preussischen Projectes eine greifbarere Gestalt werden angenommen haben. Das wenigstens, was jetzt bereits über diese Grundlagen verlautet, scheint uns ganz dazu angethan, den Widerspruch nicht bloß Oesterreichs herauszufordern. Wie nämlich die „Weser Zeitung“ vernimmt, würden die preussischen Reformpläne „aus einer Verschmelzung des Triasprojectes und der Politik der Main-Linie“ bestehen. Die Organisation der militärischen Kräfte Norddeutschlands unter preussischer Oberleitung, die Organisation der militärischen Kräfte Süddeutschlands etwa unter Führung Baierns — das sei wohl der Kern einer „den realen Verhältnissen entsprechenden Bundesreform.“ Allerdings sei undenkbar, daß weder Baiern noch Oesterreich „irgendwelcher“ Einfluß auf Norddeutschland eingeräumt werden solle. Charakteristisch ist übrigens, daß selbst die „Weser Ztg.“ hinzufügt, die Verfassung eines deutschen Parlaments ad hoc zur Verathung, nicht Beschlußnahme, über die beabsichtigte Umgestaltung Deutschlands könnte sehr leicht ein zweischneidiges Schwert werden.

Das lähne Project eines aus direkten Wahlen hervorgehenden Parlaments ad hoc, schreibt man auch der „Allg. Ztg.“ und zwar aus Berlin, leide nur an dem großen Fehler, daß die realen Verhältnisse dabei nicht in Anschlag gebracht sind. Ganz abgesehen davon, daß ein deutsches Parlament mit Ausschließung Oesterreichs überhaupt nicht zu Stande gebracht werden könne, und daß jeder Versuch einer gewaltthätigen Durchführung der Bismarck'schen Bundesreformpläne das völlig isolirte Preußen in die verhängnißvollste Lage bringen würde, dürfte man die gewichtige Thatsache nicht außer Acht lassen, daß selbst das preussische Volk das jetzt am Ruder befindliche Ministerium nicht befähigt erachtet, die deutsche Frage in einer den Interessen Preußens entsprechenden Weise zu lösen, und daß es die Lösung dieser Frage nicht auf dem Wege der Gewalt will, sondern lediglich auf dem Wege der moralischen Eroberung, den ja auch der König in seiner bekannten Erklärung vom

Jahre 1858 zur Norm für alle seine Handlungen aufgestellt hat.

Der Korrespondent der „Allg. Ztg.“ beruft sich auf einen Artikel der Berliner „Volks-Ztg.“ in welchem unter anderem betont wird, daß, was den geforderten Beistand und das angeregte Bundesreformproject anlangt, es schon in der Natur der Sache liege, daß man von keinem Staat einen sofortigen Beistand fordern könne, dem man zugleich eröffne: ich werde dir später sagen, welche Rechte und Pflichten ich dir zugestehen. Ja, die Dinge seien durch diesen Schritt dahin gebracht worden, daß man, je schärfer man Oesterreich wegen Kriegsprovokationen anklage, desto mehr den deutschen Kabinetten Anlaß gebe, sich zu bewaffnen, unter dem Anschein, den Frieden aufrecht erhalten zu müssen! Und wer in aller Welt sei naiv genug, zu glauben, daß diese Bewaffnung zu Gunsten der preussischen Ansprüche auf Schleswig-Holstein geschehe! Zu dieser Verschlimmerung der Lage komme noch das Reformproject, um die Mittel- und Kleinstaaten ganz und gar zu Gunsten Oesterreichs zu wenden.

Das Volksschulwesen in Krain.

Laibach, 5. April. (Gr. Z.) Nachdem vermöge Hauptbericht über den Zustand des katholischen Volksschulwesens in Krain im Jahre 1865 von 51.596 schulpflichtigen Kindern blos 26.812 den werktägigen Schulunterricht wirklich besucht haben, und von 25.880 zum Besuche des Wiederholungsunterrichts Verpflichteten blos 15.517 als denselben thatsächlich besuchend nachgewiesen wurden, folglich 24.784 Kinder der erstgedachten und 1.363 der zweiten Kategorie im Laufe des vorigen Jahres die Wohlthat des Schul-, beziehungsweise Wiederholungsunterrichts gar nicht genossen, erließ die k. k. Landesbehörde an die ihr unterstehenden k. k. Bezirksämter und an den hierortigen Stadtmagistrat zur Hebung des Volksschulunterrichts gemessene Befehle und theilte dieselben dem fürstbischöflichen Konsistorium in Laibach mit dem Ersuchen mit, sie den Schuldistriktsaufsehern und beziehungsweise sämtlichen Schulvorständen und Kuraten bekannt zu geben. Sowohl die Verordnung der Landesbehörde als die bezügliche Kurrende des fürstbischöflichen Konsistoriums brachte die letzte Nummer des slovenischen Blattes „Umeteljski Tovariš“ im Urtexte und mit theilen die wichtigsten Stellen dieser höchst beachtenswerthen Erlasse mit. Die Verordnung der Landesbehörde bestimmt unter anderem: „Jedes k. k. Bezirksamt hat sich die Ueberzeugung zu verschaffen, daß alle zum Besuche der Schule verpflichteten Kinder den Schulunterricht wirklich besuchen und sich unter keinerlei Vorwänden demselben leichtsinnig entziehen. Gegen die betreffenden Eltern, Pflegeeltern oder Vormünder ist gehörig Amt zu handeln. Das Strafgeld ist in der Regel mit dem einfachen Schulgeldbetrage, und wenn an der Schule kein Schulgeld entrichtet wird, mit 20 kr., in Wiederholungsfällen unter angemessener Erhöhung des Betrages vorzuschreiben, einzuhellen und vorschriftsmäßig zu verwenden. Wenn Gewerbs- und Handelslehrlinge oder andere zum Besuche des Wiederholungs- und Fortbildungsunterrichts Verpflichtete diesen veräumen sollten, so sind die daran Schuld tragenden Eltern, Vormünder und Lehrherren nach den Bestimmungen der hohen Staatsministerial-Verordnung vom 5. Juni 1864 entweder zu einer Geldstrafe von 2 bis 4 fl. zu verhalten, oder bei erwiesener Mittellosigkeit mit eintägigem Arreste zu bestrafen. Fabriks- und Gewerksinhaber verfallen dagegen in solchen Fällen einer Geldstrafe von 10 bis 400 fl. oder bei Zahlungsunvermögenheit einer Arreststrafe, wobei für je 5 fl. ein Tag Arrest zu bemessen ist. Vernachlässigen aber Gewerbslehrlinge durch eigene Schuld den Besuch der Wiederholungsschule, so sind gegen dieselben, wenn die häusliche Zucht durch die Lehrherren ohne Erfolg bleibt, angemessene Arreststrafen zu verhängen.“ Für die Durchführung dieser Bestimmungen macht die Landesbehörde die k. k. Bezirksämter verantwortlich, das fürstbischöfliche Konsistorium aber macht unter Mittheilung der Verordnung der Landesregierung den Seelsorgern zur Pflicht, wenn Erinnerungen und ernstliche Ermahnungen fruchtlos bleiben, an das k. k. Bezirksamt um Abhilfe sich zu wenden, und wenn diese nicht erfolgen sollte, gleich an die Landesregierung die Anzeige zu erstatten, Nothschulen zu errichten und den sonntäglichen Wiederholungs- und Fortbildungsunterricht zu halten, resp. einzuführen.

Weiters sagt die Kurrende des fürstbischöflichen Konsistoriums wörtlich: „Was den mehrfach gerügten Uebelstand, der aus der zum Nachtheile besserer Bildung immer mehr überhandnehmenden nationalen Strömung dem hierländigen Lehrerstande erwächst, anbelangt, so werden sich die nachtheiligen Folgen desselben großentheils dadurch vermeiden und allmählig beseitigen lassen, wenn 1. den Lehrern die wichtige Pflicht der eigenen Fortbildung durch fleißige Lectüre gediegener didaktisch-pädagogischer Werke, empfehlenswerther Methodenbücher, des „Oesterr. Schulboten“ u. dgl., nachdrücklich und ernstlich ans Herz gelegt wird, welche für jeden unerlässlich ist, der in seinem Fache nicht verkümmern will.“ Absatz 2 empfiehlt die Abhaltung von Lehrerkonferenzen und 3 „endlich, wenn der Lehrer ungeachtet und ohne Beeinträchtigung des slovenischen Unterrichtes in der Schule auch deutschen Sprachunterricht nach Maßgabe des praktischen Bedürfnisses und des Wunsches der Eltern thunlichst berücksichtigt und pflegt.“ Die meisten Eltern wünschen und legen in der Regel großes Gewicht darauf, daß ihre Kinder neben der Muttersprache sich auch die Kenntniß der deutschen Sprache in der Schule aneignen, und schicken sie aus eben dieser Absicht lieber dahin. Erst vor Kurzem wurden an drei Orten, wo ordentliche slovenische Trivialschulen bestehen, mit namhaften Kosten gut dotirte Privatschulen errichtet, in welchen die deutsche Sprache gehörig gepflegt wird. Lassen sich doch die Vortheile und der Nutzen dieser Sprachkenntniß durch keine Sophisterei wegdisputiren. Man sehe nur auf die geographische Lage Krains, man erwäge den vielfachen und häufigen geschäftlichen Verkehr mit den nördlichen Nachbarn und so manche andere Umstände, welche den Krainer nöthigen, mit den Deutschen zu verkehren oder beständig unter denselben zu leben, wie dieses z. B. bei solchen der Fall ist, welche sich dem Gewerbe oder dem Handel widmen, zum Militär kommen oder in einen Dienst nordwärts und theilweise im Lande selbst treten u. dgl., und man wird den Grund der Werthschätzung der deutschen Sprache von Seite der nächstern, praktisch denkenden Bevölkerung ganz begreiflich finden. In verdienster Würdigung der angedeuteten praktischen Wichtigkeit, welche die deutsche Sprache hierlands behauptet, soll weiters das Geeignete veranlaßt werden, daß der Unterricht in derselben nicht blos in jenen Schulen, in welchen er bisher gepflegt wurde, in Gemäßheit der Landesregierungs-Verordnung vom 15. Juli 1865, Z. 7052, fortgesetzt, sondern auch anderwärts, wo derselbe aus Mißverständnissen nationalem Sprachgebrauch in der jüngsten Zeit, und zwar eigenmächtig, daher ungesetzlich beseitigt worden, wo aber der Wunsch der Bevölkerung oder besondere örtliche oder andere beachtenswerthe Verhältnisse denselben rathlich machen, wieder eingeführt werde, und zwar in der Art, daß es keinem Lehrer und auch keinem Schulvorsteher oder dessen Hilfspriester, wie auch nicht einzelnen Gemeinde-Vorfassern zukommt, nach eigenem Gutdünken diefalls Abweichungen oder Abänderungen einzuführen, indem nur die volle Schulgemeinde-Vertretung berufen ist, anders lautende Wünsche wohl begründet beim k. k. Bezirksamte einzubringen, damit sie der h. Landesregierung zur Würdigung vorgelegt werden. Dabei handelt es sich aber keineswegs um eine Germanisirung der Jugend, sondern um Erreichung eines höchst wichtigen Nebenweckes, ohne hiebei den Hauptzweck, den man nie aus dem Auge verlieren darf, nämlich die vorschriftsmäßige Ausbildung der Jugend auf Grund der Muttersprache, zu gefährden oder im Geringsten zu beeinträchtigen, nachdem ohnehin die Kinder volle 6 Jahre ordnungsmäßig die Schule zu besuchen und sodann ein ganzes Triennium dem Fortbildungsunterrichte beizuwohnen haben. — Diese eben so energischen als verständigen Maßregeln der h. Landesregierung sind allen Lehrindividuen und Schulvorständen zur genauesten Darnachbeachtung in allem und jedem bekannt zu geben, damit, weil Bürgerschaft genug vorhanden ist, daß auch auf deren genauen Vollzug mit allem Nachdrucke gedrungen werden wird, nicht diesen oder jenen unter dem Klerus verdienstermaßen der Vorwurf treffe, er sei der Volksschule nicht nur nicht pflichtschuldig geneigt, sondern vielmehr ein Gegner derselben, und ihn darob auch manches Unliebsame treffen könnte.

Oesterreich.

Wien, 9. April. Der Wiener Korrespondent der „Hamb. Börse“ erfährt, daß in den letzten Tagen wirklich ein Versuch ganz sublimen Art ins Werk gesetzt

werden sollte, um mittelst eines radikalen Dekorationswechsels einer den Frieden in Deutschland sichernden Vermittlung Bahn zu brechen. Er schreibt: Die Fäden dieser theilweise über die Köpfe der Diplomatie hinweg gesponnenen Kombination liefen über und in London, Gotha, Karlsruhe und Berlin zusammen. Verstehen wir die uns diesfalls zugeworfenen Winke recht, so hat es sich um nichts Geringeres, als um die Veranlassung des in die gegenwärtig so kritische Situation tief engagierten Königs Wilhelm von Preußen zur Thronentsagung zu Gunsten des Kronprinzen Friedrich Wilhelm gehandelt. Wie wir aber auch weiter informiert zu sein glauben, so sind auch schon die ersten Anläufe, diesen für die politische Sachlage so hochwichtigen Versuch ins Werk zu setzen, gänzlich mißglückt. König Wilhelm perhorresziert jeden Abdikations-Gedanken, ja noch mehr, König Wilhelm ist weit entfernt davon, in dem Grafen Bismarck ein hinderndes Moment für die Erhaltung des Friedens erblicken zu wollen. Allem dem ist aber Oesterreich und der Wiener Hof absolut fremd geblieben, und nur dasjenige, was wir soeben mitzutheilen in der Lage waren, scheint allein durch gewisse vertraute Kanäle hieher transpirirt zu haben.

— In der „Ost. Post“ begegnen wir nachstehender von Seite des Kriegsministeriums ihr zugeworfenen Berichtigung: „In der „zur Tagesgeschichte“ überschriebenen Rubrik der „Ost. Post“ vom 5. April l. J. Nr. 92, welche sich mit den Chancen für Krieg und Frieden beschäftigt, findet sich in einer Stelle die Behauptung ausgesprochen, „das Lügengeschrei der preussischen Regierungspresse über heimliche Rüstungen, die in Oesterreich stattfinden, scheine die diesseitige Regierung so einzuschüchtern, daß sie selbst in der allernothwendigsten Vorsorge es zu keinem Entschlusse bringen könne.“ Als thatsächlicher Beweis für diese Behauptung wird weiter angeführt, „daß auf die von einzelnen Industriellen dem k. k. Kriegsministerium gemachten Anerbietungen auf Lieferungen die Mittheilung an die Differenten von Tag zu Tag hinausgeschoben wird, und daß neuesten nach einer langen Konferenz, die im Kriegsministerium stattgefunden hat, den Differenten abermals die Antwort zu Theil geworden sei, es sei noch kein Beschluß gefaßt.“ Diese Angaben müssen als aller und jeder Begründung entbehrend mit vollster Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Es haben im k. k. Kriegsministerium weder die angebotenen Konzeptsitzungen stattgefunden, noch ist irgend ein Anerbieten der vorerwähnten Art vorgelegen, welchem nicht eine allgütliche und endgültige Erledigung zu Theil geworden wäre; daher auch alle aus diesen unbegründeten Angaben gezogenen Folgerungen von angeblicher Unentschlossenheit und Einschüchterung der kaiserlichen Regierung von selbst entfallen. — Wien, 9. April 1866. Vom k. k. Kriegsministerium. A. h. B.: Schrotz, G. M.“

West, 8. April. Die Zwölfer- oder Programm-Kommission hat gestern ihre Aufgabe theils definitiv, theils vorläufig erledigt. Zunächst beschloß dieselbe, die Wahl der drei Kommissionen zur Revision der Hausordnung, zur Ausarbeitung eines Nationalitäten-Gesetzesvorschlags und zur definitiven Regelung des Verhältnisses zwischen Siebenbürgen und Ungarn sofort zu beantragen, und zwar derart, daß die zwei ersten Kommissionen aus je 40 und die dritte aus 35 Mitgliedern bestehen soll. — Für fünf andere Kommissionen spricht sich die Programmkommission vorläufig nur im Prinzip aus, da diese Kommissionen Fachkenntniß erheischen und erst mit sämmtlichen Mitgliedern des Hauses Rücksprache darüber genommen werden muß, für welche Kommissionen sie gewählt sein wollen. Diese Kommissionen sind: 1. Die für Municipal- und Gemeinde-Organisation; 2. die für Kodifikation; 3. für Religion und öffentlichen Unterricht; 4. für volkswirtschaftliche Fragen, und 5. für öffentliche Institute, und soll, wie im Prinzip ausgesprochen wurde, die erste aus 60 bis 70, die zweite aus 70 bis 80, die dritte aus 35 bis 40, die vierte aus 60 bis 70 und die fünfte dieser Kommissionen aus 30 bis 40 Mitgliedern bestehen. In Bezug auf das Verfahren sämmtlicher hiermit erwähnten Kommissionen sind folgende Grundsätze aufgestellt worden: 1. sollen sie alle ihre Elaborate auf Grund des Systems des verantwortlichen Ministeriums ausarbeiten; 2. ist es den Kommissionen freigestellt, auch außerhalb des Landtages stehende Fachmänner beizuziehen; 3. wenn die Entscheidung irgend einer Frage von der Entscheidung der einen andern Kommission zugewiesenen Frage abhängt, so sollen beide betreffende Kommissionen mittelst Delegationen miteinander in Berührung treten; 4. jede Kommission kann auch Subkomitees entsenden, doch müssen die Prinzipien der betreffenden Fragen im Plenum der Kommission festgestellt werden. — Im Zusammenhang mit diesem ersten Stadium ihrer Arbeiten wird die Zwölferkommission übermorgen, Dienstag, noch eine Sitzung halten, in welcher sie ihr Protokoll authentisieren wird.

Neufag, 5. April. „Napredak“ setzt voraus, daß die österreichisch-preussische Verwicklung früher oder später auf dem blutigen Schlachtfelde werde ausgetragen werden müssen, und wünscht daher umsomehr entschiedenes Handeln, als der Krieg seiner Ansicht nach für Oesterreich nicht nachtheilige Folgen haben dürfte, sondern nur die Lage Oesterreichs klären und dieses Reich

vom deutschen Bunde trennen und auf ein für die Majorität seiner Völker mehr sympathisches Gebiet leiten würde. Nur insofern wäre der Krieg ungünstig, als er den Ausgleich mit Ungarn unterbrechen dürfte.

Agram, 6. April. Im kroatischen Küstenland herrscht, wie dem „Pozor“ aus Fiume gemeldet wird, eine nicht wegzuleugnende Besorgniß vor den Drangsalen eines österreichisch-preussischen Krieges, zumal man sich daselbst nicht verhehlt, daß italienische Kaperschiffe der österreichischen Schifffahrt großen Schaden bringen könnten. Aus Furcht vor dieser Eventualität mache man sich in Fiume mit dem Gedanken vertraut, die Schiffe der russischen Flagge anzuvertrauen. Die Wiener Blätter würden dies zwar als Panславismus verschreien, es sei aber keine politische Demonstration, sondern nur die Folge der unlenkbaren Noth. Schon jetzt gebe es Schiffs-eigenthümer, welche, um das Gesetz zu umgehen, das die Umänderung der Flagge verbietet, ihre Schiffe einem russischen Unterthan, freilich einem vertrauenswürdigen Mann oder Freund, zum Schein verkaufen, ohne sich ihres Eigenthums zu entäußern. So ermöglichen sie es, daß die Schiffe unter russischer Flagge segeln und auf diese Weise auch des Schutzes theilhaftig werden, welchen die russische Regierung durch völkerrechtliche Verträge ihrer Handelsmarine zu garantiren versteht. Dieses ist kein Geheimniß, und selbst nicht für die Regierung in Wien, fügt der Korrespondent bei, nach dessen Wissen über fünfzig solche pseudo-russische Rauffahrtschiffe existiren, die ein Kapital von dritthalb Millionen Gulden ö. W. repräsentiren, wenn man den Werth jedes Schiffes nur auf 50.000 fl. veranschlagt.

Ausland.

München, 9. April. Die „Baier. Ztg.“ veröffentlicht eine Depesche der bayerischen Regierung an die Gesandten Baierns in Wien und Berlin, welche die ersten beiden Bundesglieder ersucht, auszusprechen, daß sie sich jedes gewaltsamen Angriffes anderer Bundesglieder unbedingt enthalten, daß sie bereit seien, sofort in Verhandlungen zur Wahrung des Friedens im Bunde einzutreten und zugleich den Weg und die Art der Verhandlungen zu bezeichnen, denen sie den Vorzug geben. Die Antworten der Kabinete von Wien und Berlin vom 5. d. M. begründen die Hoffnung, daß zur Zeit ein gewaltsamer Konflikt nicht zu befürchten; beide Regierungen seien geneigt, zur Lösung der Schwierigkeiten den Weg der Unterhandlung unter sich und mit den Bundesgenossen zu betreten.

Frankfurt, 9. April. In der heutigen Bundestags-sitzung überreichte Preußen einen Antrag für eine Bundesreform. Der Antrag, von dem notorischen Bedürfnisse einer Reform ausgehend und auf die Prinzipien hinweisend, welche Preußen bereits in Folge des Fürstentages als notwendige Grundzüge der Reform bezeichnet habe, lautet: Eine aus direkten Wahlen und allgemeinem Stimmrecht hervorgehende Versammlung für einen noch näher zu bestimmenden Tag einzuberufen, um die Vorlagen der deutschen Regierungen über eine Reform der Bundesverfassung entgegenzunehmen und zu beraten, in der Zwischenzeit aber bis zum Zusammentritt derselben durch Verständigung der Regierungen unter einander diese Vorlagen festzustellen. — In derselben Bundestags-sitzung wurde der Antrag des Präsidiums angenommen, daß über die geschäftliche Behandlung des preussischen Antrages in einer Sitzung der nächsten Woche Beschluß gefaßt werden soll. Preußen wünscht die Ernennung eines Ausschusses ad hoc. — Die „Neue Frankf. Ztg.“ erfährt aus zuverlässiger Quelle, daß Freiherr v. Bethmann die Stelle als preussischer Generalkonsul niedergelegt hat.

Paris, 7. April. Man bemerkt, daß der „Konstitutionnel“ ein Berliner Telegramm, welches nach der „Zeidler'schen Korrespondenz“ Aufschlüsse über die eventuelle Haltung der Westmächte in dem österreichisch-preussischen Konflikte geben wollte, nicht abgedruckt hat. Die offizielle Presse verharret in der ängstlichen Beobachtung der Neutralität, doch geben der „Konstitutionnel“ und das „Pays“ heute die Konklusionen der vielbesprochenen Broschüre über den deutschen Konflikt in extenso wieder. Die erste Auflage dieser Schrift ist bereits vergriffen. — In Börsenkreisen wollte man der Revue, welche der Kaiser heute im Bois de Boulogne abhielt, die Bedeutung eines kriegerischen Symptomes heimtosen; aber es ist lediglich ein sich alljährlich um diese Zeit wiederholender Akt, und der Kaiser hielt auch keine besondere Ansprache an die Truppen. Die Kaiserin wohnte der Revue in einem reizenden Amazonskostüm bei. — Der Erzbischof von Paris hat dem protestantischen Geistlichen Herrn Viktor Bressense, dem Verfasser einer Streitschrift gegen Renans „Leben Jesu“, einen Besuch gemacht, um ihm für den durch sein Werk der Sache aller Christen geleisteten Dienst zu danken. — Herr Benary, der neu ernannte Direktor der österreichischen Bodenkreditanstalt, hat heute Paris verlassen und dürfte Ende künftiger Woche auf seinem Wiener Posten eintreffen. — Der Jardin d'aklimatisation wird in letzter Zeit von auffallendem Mißgeschick verfolgt, er hat in kurzer Frist Verluste im Werthe von mehr als 50.000 Franken erlitten. Gestern erst wieder fiel ein kostbarer russischer Auerochs.

Bukarest, 3. April. Wenn von verschiedenen Seiten prophezeit wurde, daß die Auflösung der Kammer durch die Regierung Unruhen oder gar einen Aufstand im Gefolge haben würde, so haben sich diese Voraussagungen durchaus nicht bestätigt. Die Bevölkerung hat an dem Tage der Kammerauflösung ihre Genugthuung durch verschiedene Demonstrationen zu erkennen gegeben und seitdem herrscht überall die vollkommenste Ruhe. Am 28. April a. St. soll die neue Kammer bereits eröffnet werden. Am 12. April findet die Wahl der Wahlmänner statt, welche am 17. April in den Distrikten, am 19. April in den Städten die Deputirten zu wählen haben. — Die ultraliberale Partei, an deren Spitze Rosetti und Bratiano stehen, gewinnt täglich an Ausdehnung und Einfluß. Bratiano selber ist aus Paris zurückgekehrt, und zwar, wie man sagt, mit der Absicht, sich um die Fürstenwürde zu bewerben. Er wurde bei seiner Ankunft von mehr als sechshundert seiner Anhänger feierlich eingeholt. — Schon seit vierzehn Tagen ist in der Hauptstadt das Gerücht verbreitet, daß die rumänische Bevölkerung die Absicht habe, gegen die Juden eine Razzia anzustellen. Die letzteren, dadurch beunruhigt, haben sich bereits mehrfach um Schutz an die Konsulate gewendet, doch hat der Polizeipräsident von Bukarest die Versicherung gegeben, daß das Gerücht jeder Begründung vollkommen entbehre und nur von einzelnen Unruhstiftern in die Welt gesetzt sei, um die Gemüther aufzuregen und die Israeliten zu beunruhigen. — Zufolge eines Dekretes der Statthalterchaft ist der Municipalrath von Bukarest aus den nachstehenden Personen zusammengesetzt worden: Demeter Bratiano, Bürgermeister (Primar), Patropulo, Lahovari, Michaelesco, G. Cantacuzen, Arion, Ciocarlan, C. Banaiot, Municipalräthe. — Die Kommission, welche die Rechnungen des ehemaligen Post- und Telegraphendirektors Liebrecht zu prüfen hatte, hat nach dessen Beurtheilung dem Minister des Innern einen Bericht erstattet, welcher eine Veruntreuung von über drei Millionen Pfaster konstatiert. — Der Minister-Roncil hat auf Antrag des Finanzministers eine aus Jonesco, Talciano, Ciocarlan und Valeano bestehende Kommission ernannt, welche die bisherige Verwaltung der Staatsdomänen einer genauen Prüfung unterwerfen soll. — Vor einigen Tagen stürzte die große Treppe des hiesigen Militärspitals ein. Glücklicherweise ist niemand dadurch beschädigt worden. Wäre der Einsturz um einige Stunden früher erfolgt, so hätte derselbe den Tod mehrerer Hundert Soldaten zur Folge haben können. — Vor-gestern hat die Statthalterchaft durch den Kriegsminister nachstehende, gewiß sehr merkwürdige Proklamation erlassen: Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten! Die große That vom 17. Februar hat Rumänen neue glückliche Wege erschlossen und die Armee hat sich neue und große Verdienste um das Vaterland erworben. Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten! Vereint unter Euren Fahnen, werdet Ihr wie immer das Vaterland und seine Rechte zu vertheidigen wissen und Eure Vorfahren, welche einst bei Calugereni und Resboeni siegreich gefochten, werden stolz auf ihre Söhne sein und Euch segnen. Gestützt auf Euren Patriotismus und Eure Ergebenheit erwartet das Vaterland jetzt alles von Euch. Es lebe das untheilbare Rumänien! Es lebe Philipp I. Gez. N. Gulesco, Catargiu, Haralambi. Der Kriegsminister Major Lecca.

Tagesneuigkeiten.

— Ueber Anordnung des k. k. Ministeriums für Handel und Volkswirtschaft haben die Direktionen der österreichischen Eisenbahnen zur größeren Sicherheit die Anordnung getroffen, daß außer der Tenderbremse in jedem Zuge eine in einer Tabelle vorgeschriebene größere Anzahl zu bremsender Achsen vorhanden sein muß.

— Wie der „Bob.“ von Wien gemeldet wird, haben mehrere junge Kavaliere, die früher in der Armee dienten oder mit Charakter quittirten, darunter die Grafen Kinstry, Kesselstatt, Thun u. c., Sr. Majestät sich zur Verstärkung gestellt und ihre Dienste bei einem ausbrechenden Kriege angeboten. Dieses Anerbieten soll in der huldvollsten Weise aufgenommen worden sein, mit der Erklärung, „es seien jetzt große Chancen für Erhaltung des Friedens,“ bis Sonntag werde jedenfalls eine definitive Entscheidung getroffen sein.

— Im Orte D. in Böhmen hatte N. eine Liebchaft mit der Frau des J., weshalb der dortige Ortsvorstand dem Liebhaber jeden Besuch der J. verbot, ansonsten er gegen ihn wegen „Störung der öffentlichen Ruhe“ auf „Grund des Standrechtes“ strafgerichtlich einschreiten müßte.

— In Klagenfurt konzertirt gegenwärtig Frau Klara Schuman.

— Das neue Anlehen der Stadt Triest wird eine Höhe von 1.500.000 fl. haben. In Folge allerhöchster Bewilligung wird daselbe gegen Hinausgabe von Partialobligationen à 100 fl. mit 6proz. Verzinsung ausgeben. Das Anlehen wird innerhalb 40 Jahren durch Bierhungen einmal im Jahre getilgt; die gezogenen Schuldverschreibungen werden zum vollen Nennwerth eingelöst. Wegen der Uebernahme des ganzen Anlehensbetrages oder auch nur des Theilbetrages von einer Million wird am 17. April im städtischen Rathhause in Triest eine Offertverhandlung mit schriftlichen Anboten abgehalten werden.

Baron Rothschild hat dem Vernehmen nach zwei seiner Beamten nach seinem Gute Schillersdorf nächst Oberberg entsendet, um die dort befindlichen Kunstwerke und andere Wertgegenstände nach Wien schaffen zu lassen.

Inmitten des Ganges und Bangens, worin der wechselnde Konflikt den Leser erhält, dürften Enthüllungen des Pariser „Post“-Korrespondenten, die nach den Tagen von Compiegne zurückgreifen, auf ihn eine wohlthätig erheitende Wirkung ausüben. „Es lagen schwarze, gewitter-schwere Wolken.“ — so meldet er — „über dem weitläufigen Schlosse von Compiegne, und Mitternacht war es, als zwei Gestalten durch ein großes, rundes Fenster hinaus in den Wald blickten: eine große, ernst dreinschauende, soldatische Gestalt; neben ihr eine kleinere, etwas belebte, mit wunderbar intellektuellem Antlitz. Das war Graf Bis-march und Napoleon III. Beide schienen erschreckt durch den fern grollenden Donner; beide schauten einander fragend von Zeit zu Zeit ins Auge, aber keiner sprach. Es war nahe an Mitternacht, die Kaiserin war zu Bette gegangen, der Sturm heulte, da schlug es Zwölft, und als die Glocke ausgeschlagen hatte, wendete sich der Graf zum Kaiser und sprach in tiefem, ernstem Tone, wie folgt: „Sire! Mein königlicher Herr ist im Begriffe, sein Reich zu vergrößern und viele der kleinen deutschen Staaten in sich aufzu-saugen. Sie, Sire, sind von allen Souveränen der einzige, der unsere nationalen Pläne durchkreuzen kann... Mein Herr, der König, bietet Ihnen die Rheingrenze für Ihre Freundschaft an...“ Hier folgte ein doppelter Witz, der eine kam vom Himmel, der andere vom Kaiser, der seine Zigarrette anzündete, beide zusammen erleuchteten das ver-gnügte Gesicht Sr. Majestät. Hierauf lange Pause. Schließ-lich ein Händedruck des Kaisers mit den Worten: „Je lo-veux comme ceci.“ (Ich bin einverstanden.) Die beiden Gestalten trennten sich. Oesterreich war geopfert.“ Kann man klarer und überzeugter schreiben?

Paris soll nun auch nach Londons Vorbilde eine unterirdische Eisenbahn erhalten, die auf dem rechten Flußufer und diesem entlang einstweilen von der Bastille bis zum Eintrachtsplatze projektiert ist. Das Unter-nehmen wird von englischen Aktionären ins Werk gesetzt.

Lokales.

Die Werbungen für das kaiserlich mexica-nische Freiwilligenkorps werden in einigen Jour-nalen als geschlossen bezeichnet, während sie nach Mittheilungen von kompetenter Stelle eigentlich erst begonnen haben und ununterbrochen fortgesetzt werden. Der bisherige Erfolg gibt Jenen, welche in der Ferne eine ehrenvolle Zukunft suchen, die besten Hoffnungen für eine baldige Komplettirung des Kontingentes. Zahlreiche Briefe von Freiwilligen stim-men darin überein, wie günstig ihre materielle Lage ist, so daß zahlreiche Gelobensungen in die Heimat erfolgen. Die Verpflegung wird als gut, die Behandlung als höchst human geschildert.

Die Anwesenheit der mexicanischen Frei-willigen in Laibach im Jahre 1864 ist mit zum Gegen-stande einer Broschüre geworden, welche soeben bei Eduard Bloch in Berlin erschienen ist. Wie aus der Einleitung „Die Belanntschaft im Café“ ersichtlich, scheint die Schrift eine Kompagnie-Arbeit zu sein. Lebhaft ist der Abmarsch der Frei-willigen mit der Ueberschrift „Adieu Europa“ geschildert.

Nach einer Mittheilung der „Novice“ sollen 1000 Mann des kaiserl. mexit. Freiwilligenkorps am 8. Mai die Seereise antreten.

Se. Excellenz der Herr Obersthofallmeister Graf Grünne ist laut gestriger Wiener Blätter nach Krain gereist.

Vorgestern Abends nach 6 Uhr wurde im hiesigen Bahnhofsmagazin beim Ausladen der Eisenstämme dem Auf-leger Bartel Jerina, als er einen Stamm gehoben hatte, durch einen zweiten Stamm, der vom Hausen herunterkollerte, der linke Fuß am Knöchel zerschmettert. Jerina wurde in das Zivilspital überbracht.

Am verflossenen Sonntag hatten die Interessenten der bürgerl. Militär-Bequartierungs-Anstalt (Zirnau) die Generalversammlung. Nachdem der Rechnungs-abschluß des Vorjahres geprüft worden und einige Erör-terungen stattgefunden, wurde zur Neuwahl von 4 Direktions-mitgliedern, da eine gleiche Zahl auszutreten hatte, ge-schritten. Dabei erhielten die Herren Schwentner 34, Ber-houz 34, Auer 34 und Lönies 28 Stimmen. Zu Revisions-Ausschüssen wurden die Herren Tamborino mit 21 und Schwingshall auch mit 21 Stimmen ge-wählt. Da nur 31 Mitglieder anwesend waren, ist der Umstand sonderbar, daß dem Protokoll zufolge 52 Stim-mittel aus der geheimnißvollen Urne aus Licht des Tages befordert wurden. Bekanntlich haben nur die persönlich an-wesenden Mitglieder zu wählen, woher also das zauberhafte Geschehen einer Uebersahl von 21 Stimmen?

Man hat in neuester Zeit bei uns angefangen, den Namen Presern verschiedenartig wie „Preserin“ oder auch „Presiren“ zu schreiben. Es dürfte daher wohl von Interesse sein, zu wissen, wie unser größter Dichter sei-nen Namen selbst geschrieben hat. Die Antwort hierauf gibt ein in unseren Händen befindliches Manuscript der „Romarska pesem“ (abgedruckt in der „Cbelica“ von 1848). Die eigenhändige Unterschrift lautet: Dr. Presern. Das uns vorliegende Manuscript ist auch noch nach einer anderen Seite hin interessant. Es ist nämlich ursprünglich in der alten Orthographie geschrieben, welche aber durchgehends mittels

Durchstreichens der betreffenden Buchstaben und Ansetzung der entsprechenden neuen Buchstaben abgeändert ist. Eine genaue Textrevision auf Grundlage der vorhandenen Original-manuskripte wäre überhaupt den Herausgebern des „Klasje“ zu empfehlen. (Ueber Preserns Originalmanuskripte ver-gleiche „Blätter aus Krain“ 1865, S. 19).

Der Reinertrag der letzten „Beseda“ betrug, wie nunmehr die „Novice“ mittheilen, 415 fl. 34 kr.

Sonntag findet von Seite der Citavnica und des „Solol“ eine zweite „Beseda“ im Theater statt. Zur Auf-führung sind bestimmt: „Bon Chören“, „Radostno potovanje“ und „Popolnica Templarjev“, außerdem der Schwant: „Kljukec je od smerti vstal“ und neue Produktionen des „Solol.“ Die Eintrittspreise werden die gewöhnlichen sein. Eintrittskarten sind in dem Verkaufsgewölbe des Herrn Vidiz in der Spitalgasse zu haben.

Die hiesige „Matica“ läßt demnächst die vom Herrn Prof. Ferdina in Jume verfaßte „Geschichte der Slo-venen“ im Druck erscheinen.

Unserer heutigen Nummer liegt bei der „Bericht der Direktion der k. k. priv. innerösterreichischen wechselseitigen Brandschaden-Versicherungs-Anstalt mit Schluß des Asselu-ranzjahres 1865,“ auf welchen wir die Interessenten dieses Institutes besonders aufmerksam machen.

Die „Novice“ bringen in einer Korrespondenz aus Senosetsch einen Wunsch bezüglich der künftigen Be-zirks-eintheilung zur Sprache. Senosetsch liegt im Mittelpunkte zweier Bezirke: Feistritz und Wippach; die drei genannten Bezirke zählen auf 108 Quadratmeilen 31,589 Seelen. Diesem Gebiete würden wegen der Nähe gerne auch 16 Ortshaften der Pfarre Kosana, Bezirk Adelsberg, bei-treten. Der Senosetscher legt auf dem Hin- und Rückweg nach und von Adelsberg fast 5 Meilen zurück, noch mehr der Wip-pacher und Feistritzer. Nach Senosetsch könnte der Wippacher auf der Reichsstraße in 2 Stunden zu Wagen gelangen, zu Fuß aber in 3 Stunden auf dem Fußpfade über den Wald Brda. Der Feistritzer kann auch auf der alten Straße in 5 Stunden dahin gelangen. Senosetsch war schon im 13. Jahrhundert durch Handelsverkehr belebt und seine Lage befähigt es noch dazu. Es liegt an der Wien-Triester Reichsstraße, welche in Präwald mit der Görzer Straße sich kreuzt; über Gaberle und Divace führt eine Straße nach Istrien und Triest, in Divace selbst ist eine Eisenbahnstation, von welcher Senosetsch nur eine Stunde entfernt ist und bis Ende 1863 von dort die Post erhielt, seitdem aber über Adelsberg und Präwald. Bei Breme schließt sich die Zumaner Poststraße an.

An der k. k. sechsklassigen Oberrealschule zu Görz mit deutscher Unterrichtssprache ist die Direktors-stelle mit dem Gehalte von 840 fl., der Funktionszulage von 315 fl. und den eventuellen Dezenanzzulagen, — und am k. k. Gymnasium zu Marburg eine ordentliche Leh-rerstelle mit der Besoldung von 840 fl. und dem Vor-rückungsrechte in die Gehaltstufen von 945 fl. nebst dem Anspruche auf Dezenanzzulagen zu belegen; die Unterrichts-sprache ist die deutsche. Der Konkursstermin endet für erstere Stelle am 15. Mai, für letztere am 20. Mai.

Öffentlicher Dank!

Herr Wilhelm Ritter v. Fritsch hat den Reinertrag seiner populär-wissenschaftlichen Vorlesungen dem Elisabeth-Kinderospitale gütigst zugewendet. Für diese edelmüthige Hand-lung wird der geziemende Dank hiemit öffentlich ausgesprochen.

Vom Verwaltungsrathe des Elisabeth-Kinderospitals.
Laibach, 11. April 1866.
Bürgermeister Dr. E. H. Costa, Obmann.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Frankfurt, 10. April. (Pr.) Die Reform-vorschläge Preußens, welche seinerzeit dem deut-schen Parlamente vorzulegen sein würden, über welche vorläufig jedoch die Verständigungen der deutschen Re-gierungen zu erzielen ist, betreffen die gesonderte Organisation der militärischen Kräfte Nord-deutschlands unter preußischer Führung, die der Wehrkräfte Süddeutschlands unter bayerischer Lei-tung (wo bleibt Oesterreich?), sowie die Regelung der Elbe-herzogthümerfrage.

Berlin, 10. April. Morgen erfolgt die Ueber-reichung der Adresse seitens des Aeltestenkollegiums der Kaufmannschaft an den König, in welcher die Hoffnung und der Wunsch ausgesprochen ist, die Staats-regierung möge baldmöglichst den österreichisch-preußischen Konflikt friedlich schlichten. — Die „Kreuz-Ztg.“ ist überzeugt, daß Preußen der Ent-waffnungsforderung Oesterreichs nicht nachkommen werde. Die „Kreuz-Ztg.“ erkennt die Nothwendigkeit der Bundesreform an, ver-steht aber den Grund der Berufung eines Parlamentes nicht und bittet die Regierung um Aufklärung, damit die Regierungsfreunde nicht irreführt werden.

Berlin, 10. April. (Pr.) In der heutigen Mi-nisterrathssitzung wurde die Antwortnote an Oester-reich endgiltig redigirt. Sie wird noch heute Abends nach Wien abgehen. Preußen lehnt es ent-schieden ab, die Mobilisirungs-Ordre vom 28. März zurückzunehmen, welche nur für die Defensiv bestimmt sei. Durch die Ab-leugnung der österreichischen Rüstungen gewarnt, müsse Preußen die letzteren als aggressiv ansehen.

Samburg, 10. April. (N. Fr. Pr.) Der Wie-ner Korrespondent der „Börsenhalle“ schreibt: Oester-reich werde nicht mit einem bewaffneten Preußen unterhandeln; daher günstigenfalls nur ein Still-stand in der Situation denkbar sei, dessen Aus-gang leider das wahrscheinliche Wiedererwachen von ver-stärkten Kriegsbefürchtungen sein werde.

Paris, 9. April. (N. Fr. Pr.) Drouin de Lhuys inter-pellirte Drouin de Lhuys, ob Frankreich Rußlands Standpunkt theile, wonach die Herzogthümerfrage unbeding-t europäischer Charakters sei. Drouin de Lhuys antwortete mit der abermaligen Erklärung, Frank-reich werde sich neutral verhalten. Vom englischen Kabinet ist daselbe zu erwarten.

Paris, 10. April. (N. Fr. Pr.) Fürst Hohen-lohe soll hier eingetroffen sein. Gestern hatte Fürst Metternich eine lange Audienz beim Kaiser. Es verlautet, die Absicht, bei verschiedenen Regimentern Beur-laubungen eintreten zu lassen, wäre wieder aufgegeben. Die Kriegsbefürchtungen dauern fort.

London, 10. April. (N. Fr. Pr.) „Daily News“ betrachten Bismarcks Parlamentsvorschlag als eine Frie-densbürgschaft. „Times“ hoffen auf Erhaltung des Friedens, obgleich die österreichische Forderung, Preußen möge entwaffnen, eine drohende sei. An der Börse finden massenhafte Verkaufsanerbie-tungen statt.

Telegraphische Wechselkurse

vom 11. April.
Sperz. Metalliques 58.90. — Sperz. National-Anlehen 61.80. — Bankaktien 706. — Kreditaktien 134.20. — 1860er Staatsanlehen 76.25. — Silber 105.25. — London 105.80. — K. l. Dufaten 5.05.

Geschäfts-Zeitung.

Wien, 9. April. Da Herr Mallet am 8. d. hier ange-kommen ist, so wird morgen den 10. die erste formelle Sitzung der österreichisch-englischen Tarifkommission stattfinden. Es werden an derselben außer den beiden österreichi-schen Ministern Graf Mensdorff und Baron Willersdorff theil-nehmen Lord Bloomfield, dann die österreichischen Hofräthe Baron Gagern, v. Pretis und Peter, von englischer Seite die Herren Morier und Mallet und der Oberfinanzrath Majer als zolltech-nischer Experte. Die weiteren Arbeiten werden sodann von den genannten drei Hofräthen und den beiden englischen Delegirten als Kommissären fortgeführt.

Kreditanstalt. Die von der Kreditanstalt im vorigen Jahre in Wien gegründete Lederhalle ist wegen schwacher Theilnehmung der Interessenten aufgelöst worden.

Dampfschiffahrt auf der Drau. Wie man der „Graz Abendp.“ aus Marburg schreibt, steht die Durchführung der Dampfschiffahrt auf der Drau demnächst bevor. Die Bestands-theile der dazu bestimmten Flachschiße sind bereits in Triest von Tonello angefertigt worden und werden binnen Kurzem nach Mar-burg befördert werden. In dem seit dem Jahre 1859 dem Reichs-bilde der Stadt Marburg einverleibten Dorfe Melling will man einen Haupthafen und einen Stapelplatz für die Drauschiiffahrt anlegen.

Laibach, 11. April. Auf dem heutigen Markte sind er-schienen: 6 Wagen mit Heu und Stroh (Heu 48 Ztr. 80 Pfd., Stroh 12 Ztr. 15 Pfd.), 25 Wagen und 5 Schiffe (28 Klafter) mit Holz.

Durchschnitts-Preise.

| | Mtr. | Mg. | Mtr. | Mg. | | |
|-------------------|------|-----|------|-------------------------|---|-------|
| | fl. | kr. | fl. | kr. | | |
| Weizen pr. Megen | — | — | 3 99 | Butter pr. Pfund | — | 45 |
| Korn | — | — | 2 71 | Eier pr. Stück | — | 1 1/2 |
| Gerste | — | — | 2 25 | Milch pr. Maß | — | 10 |
| Hafers | — | — | 1 75 | Rindfleisch pr. Pfd. | — | 16 |
| Halbfrucht | — | — | 2 95 | Kalb-fleisch | — | 16 |
| Heiden | — | — | 2 41 | Schweinefleisch | — | 16 |
| Hirse | — | — | 2 32 | Schöpfen-fleisch | — | — |
| Kukuruz | — | — | 2 40 | Hühnel pr. Stück | — | 45 |
| Erdäpfel | 1 | 30 | — | Tauben | — | 15 |
| Linzen | 5 | — | — | Heu pr. Zentner | 1 | 50 |
| Erbsen | 4 | 50 | — | Stroh | 1 | 40 |
| Hirsolen | 5 | — | — | Holz, hart, pr. Kst. | — | 7 |
| Rindschmalz Pfd. | — | 52 | — | — weiches, „ | — | 5 |
| Schweineschmalz „ | — | 40 | — | Wein, rother, pr. Eimer | — | 13 |
| Speck, frisch, „ | — | 25 | — | — weißer „ | — | 14 |
| — geräuchert „ | — | 38 | — | | | |

Rudolfswerth, 9. April. Die Durchschnitts-Preise stellten sich auf dem heutigen Markte, wie folgt:

| | fl. | kr. | fl. | kr. | |
|----------------------|-----|-----|-------------------------|-----|----|
| Weizen pr. Megen | 4 | 10 | Butter pr. Pfund | — | 45 |
| Korn | 2 | 60 | Eier pr. Stück | — | 1 |
| Gerste | 2 | 20 | Milch pr. Maß | — | 10 |
| Hafers | 1 | 60 | Rindfleisch pr. Pfd. | — | 15 |
| Halbfrucht | 3 | 20 | Kalb-fleisch | — | 20 |
| Heiden | 2 | 20 | Schweinefleisch | — | — |
| Hirse | 2 | 10 | Schöpfen-fleisch | — | — |
| Kukuruz | 2 | 4 | Hühnel pr. Stück | — | — |
| Erdäpfel | 1 | 80 | Tauben | — | 30 |
| Linzen | 4 | 80 | Heu pr. Zentner | 1 | 80 |
| Erbsen | 4 | 20 | Stroh | 1 | 30 |
| Hirsolen | 4 | 60 | Holz, hartes, pr. Kst. | 6 | 20 |
| Rindschmalz pr. Pfd. | — | 40 | — weiches, „ | — | — |
| Schweineschmalz „ | — | 40 | Wein, rother, pr. Eimer | 6 | — |
| Speck, frisch, „ | — | — | — weißer „ | 5 | — |
| — geräuchert, „ | — | 35 | | | |

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

| April | Zeit der Beobachtung | Barometerstand in Pariser Linien auf 0 R. reducirt | Lufttemperatur nach Reaumur | Wind | Wichtiges Wetter | Niederschlag in Pariser Linien |
|-------|----------------------|--|-----------------------------|------------|------------------|--------------------------------|
| 6 | U. Mg. | 327.41 | + 3.5 | W. schwach | theilw. bew. | — |
| 11. | 2 „ N. | 326.84 | + 12.4 | W. mäßig | halbheiter | 0.00 |
| 10 | „ Ab. | 326.53 | + 7.8 | W. mäßig | heiter | — |

Sonniger Tag. Ziemlich windig.
Verantwortlicher Redakteur: Ignaz v. Reimayr.